

### **III. Bielefelder Ideenwerkstatt zum Thema Politikverdrossenheit**

Vom 9.11. bis 11.11. 2007 veranstaltete die Bielefelder Burschenschaft Normannia-Nibelungen zum dritten Mal ihre "Bielefelder Ideenwerkstatt" mit Vorträgen und Diskussionen. Das Thema lautete diesmal "Politikverdrossenheit".

Eröffnet wurde das Vortragswochenende am Freitag mit einem Begrüßungsabend, ehe dann am Sonnabend mit den Ausführungen von Dr. Jürgen Höpfner zum Thema „Mittelstand und staatliche Rahmenbedingungen“ begonnen wurde, bei denen der Mittelständler tiefgreifende Reformen von der Regierung forderte: Neugliederung des Bundesgebietes, Verschlinkung der Bürokratie und eine Verbesserung des Schul- und Ausbildungssystems, damit der Standort Deutschland auf Dauer international wettbewerbsfähig bleibt. Schließlich holten die asiatischen Staaten auf und langfristiges Ziel müsse es sein, unseren Wohlstand halten zu können. Andernfalls würden sich das Volk und die Unternehmen immer weiter vom Staat und der Politik entfernen.

Im folgenden zeigte der ehemalige Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Karl-Heinz Funke (SPD), humorvoll das schwankende Interesse an Politik auf und verdeutlichte, welche Forderungen der Bürger an die Politik stelle. Er warnte davor, wenn diese Erwartungen jedoch nicht von der Politik erfüllt würden und Politik sich durch zunehmende Akademisierung und Schauspielerei immer weiter vom Volk entferne, führe das zu einem schweren Vertrauensverlust. Laut Funke dürften Politiker ruhig Ecken und Kanten haben, wichtig sei aber vor allem Lebenserfahrung und (wirtschaftliche) Unabhängigkeit, um die Interessen des Volkes vertreten zu können.

Dieser Auffassung schloß sich auch der Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages und Fachmann für Umweltfragen im Deutschen Bauernverband, Heinrich Kemper (CDU) an. In seinem Vortrag erklärte er das Zusammenspiel von Medien, Lobbyismus und Politik. Dabei sollten die Politiker die Politik nicht als Selbstzweck betrachten, sondern verlässliche und sinnvolle Entscheidungen treffen, die – auch mal gegen den Druck der Medien oder gar der eigenen Partei – den Bürgern langfristige Konzepte für die Zukunft bieten. Die Arbeit von Interessengruppen sei dabei nicht als gering einzuschätzen, da sie über das nötige Fachwissen für die jeweiligen Fachbereiche verfügten.

Es folgte am Sonntag der Vortrag von Rechtsanwalt Klaus Kunze, der dafür plädierte, endlich mit plebiszitären Elementen die verkrusteten Parteistrukturen aufzubrechen, um dem Volk wieder zu mehr Souveränität zu verhelfen. Die Parteien hätten sich im Staat mittlerweile überall Macht und Einfluß verschafft: Legislative und Exekutive seien kaum noch zu trennen, ebenso werde die Besetzung der Gerichte nach Parteibuch entschieden und auch in den Medien bestimmten Parteifunktionäre die Richtung der Berichterstattung. Aus einem Staat mit Parteien sei ein Parteienstaat geworden, der nach Kunzes Ansicht totalitäre Züge annehme.

Und welche undemokratischen Züge einige deutsche Parteien heutzutage an den Tag legen, verdeutlichte im nächsten Beitrag der Rechtsanwalt Sascha Jung am Beispiel der SPD, die ihn bloß auf Grund seiner Mitgliedschaft in der Münchener Burschenschaft Danubia aus der Partei ausschließen wollte. Es sei ein schlechtes Zeichen für die Parteien, wenn Karrieristen und verbohnte Ideologen in Führungspositionen kommen und versuchten, unliebsame Freidenker mit undemokratischen und unrechtstaatlichen Mitteln aus der Partei zu drängen, so Jung. Diese „Verrohung der Sitten in der SPD“ brachten den Burschenschafter nach mehreren Gerichtsprozessen gegen die Partei dazu, sein Parteibuch endgültig abzugeben. Werte und Charakter gebe es nur noch in kleinen Gruppen, jedoch nicht in Parteien. Diese würden eher zu Anpassung und Korruption führen, lautet Jungs niederschmetternde Aussage.

Abgeschlossen wurde die Bielefelder Ideenwerkstatt dann von der bekannten Soziologin Dr. Ute Scheuch, die zum Thema „Wider die undemokratischen Hierarchien – Von der Gefährdung des Parteiensystems“ referierte. Sie führte aus, das Politische System bedürfe dringend einer Erneuerung, um seiner Aufgabe, der Bündelung der Interessen des Volkes und dem Setzen ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, wieder gerecht zu werden. Die Funktion des Politischen Systems sei es jedoch nicht, als Versorgungssystem für die Politiker zu dienen. Daher sei die Versorgung der Politiker zu kürzen und das Mandat auf zwei Legislaturperioden zu begrenzen. Einen weiteren wichtigen Ansatz zur Wiederherstellung von Vertrauen und Teilnahme am politischen Prozeß sieht Frau Dr. Scheuch ebenso wie ihr Vorredner Kunze in der Einbringung direkt-demokratischer Elemente. Und diese sollte das Volk den Politikern endlich abringen.

So bekamen die rund 50 Gäste durch die Referenten einen vielschichtigen Einblick in den Themenbereich Politikverdrossenheit, der aus vielen Perspektiven beleuchtet und ausführlich diskutiert wurde.